

Reichsregierung fänden, würden sie am 10. Dezember in Kraft treten. Damit würde die Wiederaufnahme des seit dem 11. Januar unterbrochenen Verkehrs zwischen dem besetzten und dem nichtbesetzten Gebiet ermöglicht. Aber eine Anzahl Einzelfragen sollen noch Meinungsverschiedenheiten bestehen.

In Berlin wurden diese Abmachungen noch nicht bestätigt, doch werden sie durch das offiziöse W. Z. B. veröffentlicht, so daß ihre Tatsächlichkeit wohl angenommen werden darf.

Noten von beiden Seiten.

Baggonbeschlagnahme und Leipziger Vorfälle.

Der Deutsche Geschäftsträger in Brüssel hat der Belgischen Regierung eine Note übergeben, in der auf die Beschlagnahme von rollendem deutschen Eisenbahnmateriale in Duisburg Bezug genommen wird, aus dessen Erlös die von der Belgischen Regierung geforderte Entschädigung für die Tötung des Leutnants Grass zugunsten der Familie des Getöteten und des belgischen roten Kreuzes in Höhe von zusammen 1.250.000 Franc gedeckt werden soll. Die deutsche Regierung stellt fest, daß die belgische Regierung ihre Macht im besetzten Gebiet mißbraucht habe, um eine rechtliche Frage im Sinne ihrer einseitig erhobenen Forderung zu entscheiden, statt diese Rechtsfrage entsprechend dem Vorschlag der deutschen Regierung dem Internationalen Schiedshof im Haag zu unterbreiten.

Die Pariser Votivkonferenz hat dem deutschen Geschäftsträger eine Note über die Vorgänge in Leipzig übersandt. Nach den vorläufigen Angaben waren sich die Votivkonferenz darüber einig, daß die bisher vorgebrachte Entschädigung der Reichsregierung nicht ausreichend ist; es müsse verlangt werden, daß die Reichsregierung sich auch bei der Überwachungskommission entschuldigt. Die Reichsregierung unteroffiziell, welche den Offizier der Überwachungskommission verhafteten, müssen disziplinarisch bestraft werden. Es ist anzunehmen, daß diese Inhaltangaben den Tatsachen entspricht.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Die Arbeitszeit der Beamten.

Halbamtlich wird zu der Meldung, für die Beamten sei ein zehnstündiger Arbeitstag geplant, mitgeteilt, es werde nur an eine 5 1/2 stündige Arbeitszeit in der Woche gedacht. Auch handele es sich nicht um einen Vorschlag des Reichsministeriums des Innern, sondern um einen Auftrag des Reichskabinetts an dieses Ministerium, Vorschläge über die Verlängerung der Arbeitszeit der Beamten und Staatsangestellten dem Kabinett zu unterbreiten.

Wer wird Reichsbankdirektor?

Schon vor dem Tode Havensteins war die Rede davon, daß Reichsbankdirektor Dr. Schacht, vorher Direktor der Nationalbank, als Nachfolger Havensteins in Aussicht genommen sei. Jetzt teilt Dr. Schacht mit, daß ihm von keiner Seite jemals das Amt des Reichsbankpräsidenten zugesichert oder in Aussicht gestellt sei, daß er vielmehr das Amt des Reichsbankdirektors in jeder Beziehung vorbehaltlos angenommen habe. Von anderer Seite verläutet, daß Reichsbankdirektorium hätte für den Posten den früheren Reichsfinanzminister Dr. Helfferich in Vorschlag gebracht. Der Reichsbankdirektor wird vom Reichspräsidenten auf Lebenszeit ernannt.

Ausschuss für die besetzten Gebiete.

Am Reichstag wurde ein Sachverständigen-Ausschuss für die besetzten Gebiete auf Grund der Reichstagswahlgesetze von 1920 gewählt. Dabei wurden die Vorschlagslisten der Parteien angenommen und die Sitze wie folgt verteilt: 20 Zentrum, 20 Sozialdemokrat, 6 Deutsche Volkspartei, 6 Deutschnationale, 4 Demokraten, 1 Bayerische Volkspartei, 1 Christliche Volkspartei, 2 Kommunisten. An bekannten Namen figurieren auf der Liste des Zentrums der Kölner Oberbürgermeister Adenauer, der Abgeordnete für Essen, Geh. Rat Hagen, Abg. Jandusch, Rißner, Dr. Krupp v. Bohlen-Halbach und Zurnieden.

Briefwechsel Ruhr-Ludendorff.

Zwischen Herrn v. Ruhr und dem General Ludendorff ist es zu einem Briefwechsel gekommen, in welchem der Generalkommissar den General ersuchte, „bis zum Abschluß des Strafverfahrens wegen der Vorgänge vom 8. und 9. November sich jeder unmittelbar oder mittelbar für die Öffentlichkeit bestimmten Äußerung über diese Vorgänge zu enthalten“. Gegen diesen Brief hat Ludendorff in seinem Antwortschreiben „schärfste Verwahrung“ eingelegt und weiter ausgeführt: „Da von staatlicher Seite vor Abschluß der gerichtlichen Untersuchung Angaben verbreitet wurden, die zur Unterbrechung fanden, so sah ich mich gezwungen, für die Wahrheit und meine Ehre den gleichen Weg einzuschlagen. ... Meine Äußerungen enthalten nur die Wahrheit. Wahrheit dürfte die Staatssicherheit nie gefährden.“

Nach immer Separatistensput.

Aus Mainz wird gemeldet, daß sich in Koblenz wiederum eine provisorische separatistische „Regierung“ gebildet habe, an deren Spitze Wortes stehe. Diese neue „rheinische Regierung“ habe zwar Koblenz zur sogenannten Hauptstadt erwählt, jedoch vorläufig ihren Sitz im Kurhaus in Embs aufgeschlagen.

Landwirtschaftlicher Selbstschutz in Hannover.

Die Landwirtschaftskammer der Provinz Hannover hat, um der Unsicherheit auf dem Lande entgegenzutreten, eine eigene Abteilung für Kriminal- und Sicherheitsdienst eingerichtet. Die Tätigkeit der Abteilung soll sich sowohl auf die Schaffung eines die ganze Provinz umspannenden Straß organisierten Kriminaldienstes als auch auf die Einrichtung von örtlichen Sicherungen zur Verhütung verbrecherischer Anschläge erstrecken.

Sachsens Sozialdemokraten gegen die Reichsparteileitung.

In Dresden tagte ein außerordentlicher Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Sachsens, bei dem es zu lebhaften Auseinandersetzungen über die Politik der Gesamtpartei kam. Die vorherrschende Meinung war, daß ein Abkommen mit den Kommunisten natürlicher sei als irgendeine Koalition mit bürgerlichen Parteien. Ein Nichtabstimmung gegen die Reichsparteileitung und die Mehrheit der Reichstagsfraktion wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Aus In- und Ausland.

München. Am Sonntag kam ein kleiner Trupp demon-

strierender Nationalsozialisten die Ludwigstraße gegen das Stadlinnere heraufmarschiert. Der Zug wurde von der Landespolizei aufgehalten und zerstreut; einige Personen wurden verhaftet und zur Polizei gebracht.

Wien. Das Verbot der Nationalen Aktion durch die Rheinlandkommission ist auf acht Tage befristet worden. Der englische Delegierte hat dem Verbot nicht zugestimmt.

Offen. Dem Vernehmen nach hat die Ärzteschaft des Industriebezirks beschlossen, sich an dem Streik der Rassenärzte nicht zu beteiligen.

Paris. Nach Meldungen aus Mainz hat die Rheinlandkommission beschlossen, von der Stadt Mainz eine Entschädigung in Höhe von 100.000 Goldmark für die Beschädigung des französischen Lehrers Constant am 20. Oktober zu verlangen.

Die Ruhrgefangenen.

Bestellungen der deutschen Pariser Botschaft.

Im Auftrage des Auswärtigen Amtes hat ein höherer Beamter der deutschen Botschaft in Paris im Einverständnis mit der französischen Regierung die im Gefängnis in St. Martin de Als befindlichen deutschen Ruhrgefangenen besucht. Es befinden sich dort: Hans Stach, Hans Sadowski, Alois Alfred Beder, Georg Werner, Georg Zimmermann, Gustav von Cettinger, Hugo Klipper, Willi Ziegler, Ernst Kojak, Paul Brauer, Paul Goerges, Willi Karl Dreder, Karl Frey, Georg Gruber, Max Habme, Richard Lauth, Friedrich Maurer, Paul Sasse, Alfred Schneider, Heinrich Kunz, Adam Breitenbach, Adam Siegler, Paul Leers, Hans Gottfried, Wilhelm Diet, Ernst Schade, Johann Schwingen und Franz Kohnide.

Soweit die Adressen der Angehörigen festzustellen waren, sind diese von dem Ergebnis des Besuchs unmittelbar benachrichtigt worden. Angehörige, denen bisher keine Nachricht zugegangen ist, können sich unverzüglich an das Auswärtige Amt, Berlin W 8, Wilhelmstraße 75, wenden.

Fremde Werte in Banken.

Verpflichtungen bei der Aufbewahrung.

Aus dem Reichsjustizministerium wird zur Neuregelung der Pflichten der Banken bei Aufbewahrung fremder Wertpapiere mitgeteilt:

Junge Damen u. Herren

welche sich zu Weihnachten verloben,
beziehen äußerst geschmackvolle Verlobungsanzeigen sehr preiswert
durch die Buchdruckerei

**Günz & Eule
am Markt.**

Der Reichspräsident hat auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung eine Verordnung erlassen, durch die das Bankengesetz von 1875 eine bedeutungsvolle Neugestaltung erfährt. Die Effekteninflation und die Steigerung der in Wertpapieren getätigten Umläufe hat für die Banken eine derartige Belastung zur Folge gehabt, daß sie der ihnen auferlegten Verpflichtung zur Abwendung von Stützverhältnissen an ihre Kunden nicht mehr nachzukommen vermochten. Das hat für den Käufer von Wertpapieren insofern eine gefährliche Verschlechterung seiner rechtlichen Stellung herbeigeführt, als gerade durch die Überwindung der Stützverhältnisse eine schnelle Klärung der Eigentumsverhältnisse an den Wertpapieren erreicht werden sollte. Deshalb führt die neue Verordnung zwei wesentliche Änderungen ein.

Auf der einen Seite beschränkt sie die Verpflichtung der Banken für die Stützverhältnisse auf das Maß des Möglichen, indem sie die Abwendung von dem ausdrücklichen Verlangen der Kunden abhängig macht. Dieses Verlangen kann nicht durch entgegenstehende Vereinbarungen ausgeschlossen werden. Auf der anderen Seite werden dem Kunden diejenigen Sicherheiten neu gewährt, deren er unter dem bisherigen Gesetz entbehrt. Die Erneuerung besteht darin, daß dem Kunden für den Fall des Konkurses seines Bankiers ein Recht auf bevorzugte Befriedigung aus den in der Masse vorhandenen Wertpapieren gleicher Gattung und aus den Ansprüchen der Bank an Dritte auf Vorkauf solcher Wertpapiere eingeräumt wird. Während also der Kunde bisher in der Regel nur eine gewöhnliche Konkursforderung geltend machen konnte, bietet ihm jetzt die in der Masse vorhandenen Wertpapiere gleicher Gattung und die entsprechenden Vorkaufansprüche der Bank eine reale Sicherheit, an die er sich vor allen anderen Konkursgläubigern zu halten berechtigt ist.

Ohne sachlichen Zusammenhang damit steht eine weitere Änderung des Bankengesetzes. Sie erleichtert den Banken, einen Kontobücherverkehr über die Grundzüge von Goldanleihebüchern und Rentenbankbüchern einzuführen, indem sie die Banken insofern von den besonderen Verpflichtungen des Bankengesetzes befreit.

Lohnsteuer der 1. Dezemberwoche.

Die Verhältniszahl, mit der die Septemberlöhne zu vervielfältigen sind, ist für die Zeit vom 2. bis 8. Dezember von 700.000 auf 850.000 erhöht worden. Es sind somit bei Berechnung der Steuer zu berücksichtigen je für Mann und Frau 146.880 Millionen, für jedes Kind 97.200 Millionen, an Werbungskosten 1.224.000 Mark. Bei einem Wochenlohn von 50 Millionen würde sich für einen verheirateten Steuerpflichtigen mit zwei Kindern der Steuerabzug wie folgt gestalten:

Pohn	50 Millionen
Steuer 10 %	5.000.000 Millionen
steuerfrei für den Mann	146.880
steuerfrei für die Frau	146.880
steuerfrei für zwei Kinder	1.954.400
Werbungskosten	1.224.000
Steuer	1.523.840 Millionen

abzurunden auf volle Milliarden nach unten = 1.523.000 Millionen.

Arbeiter und Angestellte.

Wochum. (Mit Überstundenarbeit.) In einer etwa von 5000 Arbeitern in Wochum besuchten Versammlung auf dem Schützenhof wurde von den Gewerkschaftsführern die Forderung der Industrie bestritten. Man beschloß, an dem gesetzlichen Achtstundentag festzuhalten, erkannte aber die vorübergehende Notwendigkeit der Überstundenarbeit wegen der wirtschaftlichen Lage an.

Zum Beamtenabbau.

Nach den Richtlinien zum Beamtenabbau, die der Reichsfinanzminister den zuständigen Ressorts mitgeteilt hat, soll zunächst möglichst sämtliche verheirateten weiblichen Beamten gekündigt werden. Mit der Entlassung der Angestellten in den öffentlichen Vertrieben soll, soweit dies noch nicht geschehen ist, ebenfalls sofort begonnen werden. Vor allem sollen die Angestellten zu entlassen sein, die durch vorhandene beamtete Kräfte ersetzt werden können. Im übrigen sind bei der Entlassung von Angestellten die Leistungen sowie die wirtschaftlichen und die Familienverhältnisse maßgebend. Angestellte, die Verordnungen anwärter sind, sollen möglichst in letzter Linie zu entlassen sein.

Schlussdienst.

Vermischte Drahtnachrichten.

Preisrenten.

Berlin, 3. Dezember. Im Lebensmittelhandel soll eine allgemeine Ermäßigung der Grundpreise eintreten. Die Verbilligung soll zunächst etwa 10 bis 12 % betragen. Es ist zu erwarten, daß in einigen Tagen die Preisrenten sich auch in allen anderen Zweigen des Handels bemerkbar machen werden, da auch der Großhandel einen Preisabbau zugelassen hat, wenn auch dieser zunächst nicht allzu erheblich ausfallen dürfte, da der Großhandel, nach seinen Erklärungen, noch allzu große vertueerende Momente mannigfacher Art zu tragen hat.

Staatliche sächsische Kohlen- und Elektrizitätswerke als Aktiengesellschaft.

Dresden, 3. Dezember. Die Regierung beabsichtigt, die staatlichen Kohlen- und Elektrizitätswerke in eine Aktiengesellschaft unter der Bezeichnung „Aktiengesellschaft Sächsische Werke“ umzuwandeln. Die Zustimmung des Landtages hierzu wird durch Vorlage eines besonderen Gesetzes sofort eingeholt werden. Dagegen sollen die übrigen werden den Staatsbetriebe, die Hüttenwerke, das Bauarbeitenwerk, die Porzellanmanufaktur und das Kallwerk als reine Staatsbetriebe erhalten bleiben und wie bisher weiter bewirtschaftet werden.

Aufgehobene Nationalsozialistenvereinigung.

Dresden, 3. Dezember. Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei meldet: In Eilenberg-Morsburg wurde eine Vereinigung der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei angebahnt. Vorsitzender war der dort ansässige Lehrer Philipp. Die Zusammenkünfte fanden in der Schlosschenke statt. Bei einer Anzahl der Mitglieder dieser Vereinigung wurden Hausdurchsuchungen vorgenommen und Summknäuel, Programme der Vereinigung und Werbeleratur beschlagnahmt.

Kottage im Ruhrgebiet.

Essen, 3. Dezember. Nach Mitteilung der Stadtverwaltung werden in Essen 60 % der Bevölkerung aus öffentlichen Mitteln ganz oder teilweise unterhalten. Die Stadt steht sich außerstande, für 270.000 Personen Volkshäuser einzurichten.

Selbstmord eines Prinzen.

Ung., 3. Dezember. Prinz Alexander zu Schaumburg-Lippe, der zweiundzwanzigjährige Sohn des Prinzen Albrecht zu Schaumburg-Lippe, hat sich am Sonntag in einem Walde bei Munderking in der Nähe von Mattighofen erschossen.

Französisches Mitglied des Sachverständigen-Ausschusses.

London, 3. Dezember. Aus Paris wird gemeldet, daß die französische Regierung über dem Vernehmen nach den früheren Generaldirektor im Finanzministerium, Parnantier, zum französischen Delegierten in dem von der Reparationskommission geplanten ersten Sachverständigen-Ausschuss ernennen wird, der sich mit dem deutschen Budgetausgleich und der Fortführung beschäftigen wird.

Unterbrechung des Fernsprechverkehrs zwischen London und Paris.

London, 3. Dezember. Seit gestern früh ist die telephonische Verbindung mit Paris aus unerklärlichen Ursachen völlig unterbrochen. Gestern Abend war die Postbehörde noch nicht in der Lage, anzugeben, wann der Dienst wieder aufgenommen werden kann.

Zurückgabe des geretteten Eisenbahnmateriale an die Regie?

London, 3. Dezember. Wie aus Düsseldorf gemeldet wird, hat die deutsche Regierung sich bereit erklärt, der Regie alle seiner Zeit auf den Ruhrreilichbahnen gerettete Lokomotiven und das in Sicherheit gebrachte Eisenbahnmateriale wieder zur Verfügung zu stellen.

Das Schicksal einer Kronprinzessin.

Leopold Büßling über Luise von Sachsen.
Vor kurzem gingen durch die Presse des In- und Auslandes Nachrichten über das traurige Schicksal der ehemaligen Kronprinzessin Luise von Sachsen. Die von ihrem ersten Gatten, dem späteren König Friedrich August von Sachsen, und auch von ihrem zweiten Manne, dem italienischen Pianisten Enrico Toselli, geschiedene Frau, so hieß es in jenen Mitteilungen, befindet sich in so großer Not, daß sie genötigt sei, sich durch mühsame Arbeit als Spinnwebhändlerin ihr Brot zu verdienen. Jetzt nimmt zu dieser Pressemitteilung, die begeistertes Aufsehen erregte, Leopold Büßling, der Bruder der unglücklichen Frau, das Wort, um in einem mit scharfen Angriffen gegen das ehemalige sächsische Königsbuch besetzten Zeitungsausschnitt Einzelheiten über den vollständigen wirtschaftlichen Zusammenbruch seiner „von der Menschheit Höben“ in den Abgrund tiefsten Elends hinabgestürzten Schwester zu berichten.

Man weiß, daß Luise von Sachsen, geb. Prinzessin von Toskana, von dem damaligen Kronprinzen Friedrich August, mit dem sie fast zwölf Jahre verheiratet gewesen war, im Februar 1903 geschieden worden ist, weil sie mit dem Belgier Giron, dem Sprachlehrer ihrer Kinder, Ehebruch getrieben haben soll. Sie erhielt ein paar Monate später auf Ansuchen den Namen und Adelstitel einer Gräfin von Montignoso. Das Kind, das sie drei Monate nach ihrer Ehetrennung in Lindau am Bodensee gebar, die Prinzessin Anna Monika Pia, gilt rechtlich als eheliches Kind Friedrich Augusts und hat sich vor einigen Wochen mit dem ältesten Sohne des österreichischen Erzherzogs Joseph August verlobt. Vier Jahre nach ihrer Scheidung heiratete Luise von Sachsen den Florentiner Malermeister Toselli, von dem sie sich im Jahre 1912 wieder scheiden ließ. Ihre Ehe mit Toselli war eine einzige trocke „Regellosigkeit“ gewesen, und das Gericht erklärte

bei der Verlobung in gleiche sprossene Kinder, dicker Weise zu Amant in Florenz.

Nach ihrer Prinzessin nach schlecht ging, die sächsischen Kinder Toselli nur auf auferdrach, bega einst außerordentlich ihrer ganzen verschlechtern.

Feindliche Au Heirat wieder die Belgien bei und in unerhö dank gefell da sie ohne jed zuerst durch den geben Die nst m d Brüsseler ein kleiner An Bankangestellte vor kurzem in Florenz erlernt noch als Spr bei all diesen 53jährige Frau Wäpferlein, um Kämpferin weiß Kinder Friedrich möge n e r dem noch keine die Kinder ab Wennig zu um Gatten, einem Schweigen.

Und nun n Man weiß, daß Leben an Wien das seiner Schw gegen eine ein Anpange auf a wurde Schwelz Wilhelmine Ad 1907 wieder ge Ritter, die in Lebenswandel wirtschaftlich m um sich über B beamtet, Abbar Zeit als „Schr Memoiren und merkwürdigen e

Sachliche

Fennenaufgabe Sonnenunterg 1791 Wolgan K. v. Platen ge den Mittelmaße

Bateingah Reichsverfahre nehmer jederzei leisten können b eines Stunzung Papiermark we genommen und

Mich in kalten Tagen Frostgefühl nicht Aufmerksamkeit!

Der Coppr i 13

Verheiratet schelnd. „Ein mehr ... imm Schicksal! Ein mer wieder aut vor sich bin un Art fort: „Allo bei mir wohnen“ „Das wäre „Schade! findet sich ein einrichten. Aber einander passen. Hotel und müß für arbeiten k Schräg gegenüb vorder. Sie k schalt betrifft!

lung anzurei? „O, so ball lenne niemand d r i a n e n d s e wollen es auch sondern einand Schullern z

Die Herr Wünsch und trauen in rech Schö. Aufwärter noch erfüllt, nehmen tere orben.“ In feilsame später das Rinn gewohnt hatte. Immer wieder von hier aus je